

Erster Mai – internationaler Kampftag der ArbeiterInnenklasse

Die Offensive des Finanzkapitals durch Basisorganisierung stoppen – internationale Solidarität mit den kämpfenden ArbeiterInnen und Völkern gegen Ausbeutung, imperialistische Ausplünderung und Kriege

In Österreich wurden die ArbeiterInnen von der Sozialdemokratie durch jahrzehntelange Sozialpartnerschaft unmündig und kraftlos gemacht. Umso leichter treibt die schwarzblaue Koalition die Angriffe auf Arbeitsbedingungen, Sozialversorgung und Reallöhne immer weiter voran. Dazu kommen noch umfassendere Bespitzelung und Polizeibefugnisse gegen Oppositionelle. Diese umfassende neoliberale Offensive des Finanzkapitals (Bank- und Industriekapital in wenigen Großkonzernen verschmolzen) ist nichts Neues. Sie begann schon unter den SP-Koalitionsregierungen Mitte der 1980er Jahre (Zerschlagung der Verstaatlichten, Privatisierung von öffentlichen Diensten und Einführung von ‚Privatvorsorge‘ auf allen Ebenen usw.). Auch der Abbau demokratischer Rechte und die Faschisierung des Staatsapparats begannen nicht erst vor einem Jahr. Sowohl die Pläne für die 60-Stundenwoche, als auch für das Polizeigesetz und für weitere Pensions- und Sozialhilfekürzungen stammen noch von der SP-Kern-Regierung.

Aber das Tempo hat sich unter der neuen Regierung verschärft, und die Kürzung vieler gewerkschaftlicher und sozialer Errungenschaften wird jetzt mit rassistischen Hetzargumenten vernebelt. Krassestes Beispiel ist derzeit die Propaganda um die Abschaffung der MINDEST-Sicherung und ihre Ersetzung durch eine gesetzlich gesenkte HÖCHST-Absicherung (siehe nebenstehenden Kasten!)

Durch die rassistische Verhetzung und das tief verwurzelte Stellvertreterdenken („schuld sind die Ausländer“ und „ich kann ja nichts machen, das soll der Betriebsrat, die Gewerkschaft für mich erledigen“) ist die ArbeiterInnenklasse in Österreich wie gelähmt – ganz anders als beispielsweise die Gelbwesten in Frankreich – und viele klassenkämpferische Aktive können sich eine Veränderung nur mit der SPÖ vorstellen.

Dabei haben ja gerade aus Wut über die ständigen Verschlechterungen unter SP-Regierungen sich Teile der ArbeiterInnen der FPÖ zugewendet. Auch die Massenkämpfe gegen die Sozialraubangriffe sozialdemokratischer Regierungen z.B. in Griechenland und Portugal zeigen praktisch, dass die Hoffnungen in angeblich linke Alternativen in kürzester Zeit zerplatzen. Die SPÖ ist eine der Parteien des Monopolkapitals und kommt halt mit anderen Versprechungen daher als die ÖVP oder FPÖ – die Politik der Profitsteigerung, des Sozialabbaus und der Faschisierung hat nur ein anderes, rosarotes, Mascherl.

Nur wenn es gelingt von der Basis her klassenkämpferische Bewegungen in den Betrieben und auf der Straße aufzubauen, kann es wirkliche Fortschritte im Kampf gegen die Kapitaloffensive geben.

Die ArbeiterInnenklasse in anderen Ländern gibt uns Beispiele, wie der Kampf organisiert und entwickelt werden kann. In Europa ist derzeit Frankreich mit seiner Tradition selbstorganisierter Kämpfe ein Lehrbeispiel, wie spontane Bewegungen von organisierten klassenkämpferischen Kräften vorangetrieben und durch die Verbindung von Straßenkämpfen und gewerkschaftlichen Aktionen in den Betrieben eine Bewegung auf breiter Front entwickelt werden kann. Auch z.B. die Kämpfe in Rumänien

und anderen Balkanländern oder die unter viel schwierigeren Bedingungen organisierten Streiks und Demonstrationen z.B. in der Türkei, Kurdistan, Iran, Indien, Venezuela oder Sudan zeigen, dass wir uns nicht mit den Beschlüssen und Gesetzesänderungen der Regierung abfinden müssen, sondern für ihre Rücknahme, für die Verteidigung unserer Interessen kämpfen können, ohne auf die Stimmzettel und nächsten Wahlen zu starren.

IA★RKP
Revolutionäre
KommunistInnen

Notstandshilfe neu:

Statt unterer Mindestgrenze zur Armutsbekämpfung jetzt niedrigere Höchstgrenze zur Vergrößerung der Armut

Die bisherige finanzielle Mindestgrenze, unter die niemand in Österreich sinken sollte wird ersetzt durch eine deutlich niedrigere bundesweite Obergrenze für Sozialzuschüsse, die auch von Bundesländern und Gemeinden nicht (mit Wohnkosten-, Heizungs-, Kleiderzuschüssen usw.) überschritten werden darf. Wenig bekannt ist, dass schon heute ca. 60% aller BezieherInnen nicht arbeiten können oder dürfen (weil sie krank, behindert, Kinder oder PensionistInnen sind) und die durchschnittliche Mindestsicherung nur knapp über 600 Euro liegt, weil 70% aller BezieherInnen „Aufstocker“ sind, die trotz Lohnarbeit oder Pension heute unter dem Richtwert liegen. Mit dem neuen Sozialhilfegesetz sollen nach den Absichten der Regierung vor allem MigrantInnen (mit oder ohne österreichische Staatsbürgerschaft) und Flüchtlinge getroffen werden – und ob das Gesetz der Verfassung, den EU-Mindeststandards oder dem Menschenrechten entspricht, ist der Regierung scheinbar egal. Diese Vorgehensweise erinnert an die schwarzblaue Schlüssel-Regierung, wo 37 Gesetze vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurden – z.T. nach jahrelangen Gerichtsverfahren.

Die ArbeiterInnenklasse ist weltweit in allen Ländern mit der neoliberalen Offensive des Finanzkapitals konfrontiert – sowohl in den imperialistischen Ländern in der EU, in Nordamerika, China, Russland, Japan usw. als auch in den neokolonial abhängigen Ländern Afrikas, Asiens, Lateinamerikas und Ozeaniens. Die nächsten Ziele unterscheiden sich aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen im Klassenkampf z.T. deutlich. Auch die Kampfformen und nächsten Schritte bestimmen sich nach wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bedingungen und dem jeweiligen Bewusstseinsstand – aber der Feind ist der gleiche: das kapitalistisch-imperialistische System. Dieses kann nur durch den Sturz der Unterdrücker und ihrer Lakaien im jeweiligen Land in einer sozialistischen Revolution (in Halbkolonien oft mit volksdemokratischen Übergängen) beendet werden. In Ländern mit einem großen Anteil ländlicher Bevölkerung wird der Kampf anfangs nicht in den städtischen Zentren (wo die politische Reaktion konzentriert ist), sondern zuerst am Land erfolgreich sein. Das zeigen schon heute die roten Gebiete der Volksmacht in Indien und den Philippinen, wo die hochgerüstete Staatsmacht es seit Jahrzehnten nicht schafft, die bewaffneten Kräfte des Volkes (Guerillaarmee, Volksarmee) zu zerschlagen, die die roten Gebiete schützen und den Imperialisten und ihren Kompradoren und Lakaien mit taktischen Offensiven Niederlagen bereiten.

Die sofortige Enteignung der Banken und Konzerne und die schrittweise Vergesellschaftlichung aller Produktionsmittel kann in Österreich und industrialisierten Ländern nur in einer proletarischen Revolution erfolgen, in der die organisierte ArbeiterInnenklasse in Form von Räten die politische Macht übernimmt und rücksichtslos alle Feinde des Sozialismus bekämpft und unterdrückt. Um diesen Weg erfolgreich zu gehen, ist eine revolutionäre kommunistische Kampfpartei notwendig, die in Österreich erst aufgebaut werden muss.

Gegen die fortgesetzte Offensive der Regierung werden die bisherigen Aktionen, wie z.B. die Donnerstagsdemos, die Demos für Menschenrechte und gegen Rassismus und Faschismus, oder die Massenkundgebungen der SchülerInnen für Klimaschutz nicht ausreichen. Auch die ÖVP-Schüsselregierung konnte trotz vier Jahre wöchentlicher Demos nicht gestürzt werden, wohl aber konnten Generalstreiks und gewerkschaftliche Großdemos gegen den Pensionsraub die VP-FP-Koalition ins Schleudern bringen. Und als die SP wieder ans Ruder kam, wurde von dieser der neoliberale Raubzug fortgesetzt...

Aktuelle Beispiele des Klassenkampfes in anderen Ländern (wie sie oben genannt werden) zeigen, dass nur über den Aufbau von klassenkämpferischen Basisgruppen (vor allem in den Betrieben), ihre Vernetzung im Kampf und die Erarbeitung eines gemeinsamen und klaren Forderungsprogramms auch Fortschritte bei der Mobilisierung noch unentschlossener und abwartender ArbeiterInnen gemacht werden können. Deshalb ist für wirkliche Fortschritte – und vielmehr noch für die Revolution – der Aufbau einer kämpferischen, revolutionären Kommunistischen Partei notwendig, um mit dem Ausbeutersystem Schluss zu machen.

In der heutigen Gesellschaft, wo die LohnarbeiterInnen (auch wenn sie Angestellten-Status haben und sich nicht als „HacklerInnen“ fühlen) den gewaltigen Großteil der Bevölkerung ausmachen, kann jede positive Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nur durch den Druck eben dieser ArbeiterInnenklasse erzwungen werden. Auch wenn die österreichische ArbeiterInnenklasse kaum Kampf- und Streikerfahrung hat, konnten die Gewerkschaftsböden meist nur mit Streikdrohungen deutliche Verbesserungen erreichen. Der Streik, d.h. die kollektive Verweigerung der Arbeit unter diesen Bedingungen, ist eines der wenigen wirksamen Mittel, die der ArbeiterInnenklasse zur Verfügung stehen. Denn wenn nicht für sie produziert wird, können die Kapitalisten auch keinen Mehrwert (Profit) einstreichen – und das tut ihnen wirklich weh, viel mehr weh als tausende Protestunterschriften, Protestwählerstimmen und ähnliches, das nicht am Ausbeutungssystem rüttelt.

Vorwärts im Kampf für die Verteidigung und Verbesserung der Reallöhne und Arbeitsbedingungen!

Vorwärts im Kampf für die demokratischen Rechte der ArbeiterInnenklasse und der Volksmassen!

Internationale Solidarität mit den Kämpfen der ArbeiterInnen und Völker auf der ganzen Welt!

Nieder mit dem Imperialismus – es lebe die proletarische Revolution und der Sozialismus!

Wir verbreiten seit 1995 Flugblätter, mit denen wir uns vor allem an klassenbewusste Arbeiter/innen wenden. Die Texte werden auch in der seit 2001 erscheinenden Zeitung **„Proletarische Revolution“** abgedruckt.

Unser Ziel ist eine Gesellschaftsordnung ohne Klassen, ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Dazu muss die Klasse der Arbeiterinnen und Arbeiter eine eigene Kampfpartei aufbauen, die Macht erobern, die Besitzer der Produktionsmittel enteignen und den Klassenkampf fortsetzen, bis alle Reste der bürgerlichen Ordnung verschwunden sind.

Wir stellen uns in die Tradition der internationalen revolutionär-kommunistischen Bewegung, die Mitte der 1960er Jahre in Auseinandersetzung mit den Fehlern der KPdSU und in scharfem Kampf gegen die Wegbereiter des bürokratischen Staatskapitalismus in der Sowjetunion eine marxistisch-leninistische Generallinie verteidigt hat und zur Gründung neuer kommunistischer Parteien führte. Wir sind *revolutionäre* Kommunist/innen und deshalb *nicht* in der KPÖ organisiert.

IA★RKP

Initiative für den Aufbau einer
Revolutionär-Kommunistischen Partei
Stiftgasse 8, A-1070 Wien, ia.rkp2017@yahoo.com
iarkp.wordpress.com



Proletarische Revolution
Revolutionär-kommunistische Zeitung
in Österreich
Stiftgasse 8, A-1070 Wien
prorevol.wordpress.com

(1.Mai 2019)

1.Mai Demo Wien: Treffpunkt 11 Uhr Oper; Maifest ab 14 Uhr im Sigmund-Freud-Park (Votiv)